

Rolf Vogt

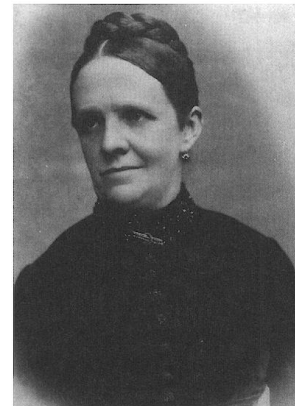
hatte, unterzeichnete Bürgermeister Anton Häußler am 8. April 1909 als Vollstreckungsbehörde den Pfändungs- und Überweisungsbeschluss. Polizei-Wachtmeister Wilhelm Kümmerer stellte den Beschluss am 10. April dem Vorsitzenden der Verwaltungskommission der Fürstin-Eugenie-Stipendien-Stiftung, Oberamtmann Karl Schoenfeld, und Luise Klaiber persönlich zu¹⁶⁵.

Am 22. April 1909 tat die Stadtverordnetenversammlung den nächsten Schritt. *Nachdem Herr Justizrat Senn als Vertreter der Stadtgemeinde in der Defektensache Klaiber über das eingeleitete Zwangsversteigerungsverfahren berichtet hatte*, beschloss sie, gegen die Hypothek zugunsten Luise Klaibers Mutter Magdalena Egler *Anfechtungsklage zu erheben*. Der Bezirksausschuss musste den Prozess genehmigen. Regierungspräsident Graf von Brühl gab seine Zustimmung am 1. Mai¹⁶⁶.

Einige Tage später ließen der Graf und Carl Sauerland Luise Klaibers Rechtsanwalt Dr. Gunzenhauser ein weiteres Mal auflaufen. Gunzenhauser hatte sich mit der Forderung nach Akteneinsicht erneut an die Stadt gewandt. Die Stadtverordneten lehnten am 29. April ab, nachdem ihnen Justizrat Josef Senn erklärt hatte, dass die Abgabe von Akten an Prozessgegner *geradezu unzulässig* sei. Bürgermeister Anton Häußler legte die *Beschwerde* in Sigmaringen vor. *Ich bin nicht in der Lage, die Stadtgemeinde Hechingen von Aufsicht wegen zur Herausgabe der ihr gehörigen Akten oder zur Duldung der Einsichtnahme anzuhalten*, antwortete Sauerland kühl am 11. Mai¹⁶⁷.

Zu dem Zeitpunkt war der Streit bereits entschieden. Am 6. Mai unterzeichneten Häußler und die Stadträte Deubel und Zöhlraut die Prozessvollmacht für Senn, am Tag danach setzte Amtsrichter Friedrich die Zwangsversteigerung für den 19. Juli an. Am selben Tag standen Bürgermeister Anton Häußler, Stadtrat Josef Zöhlraut und der Stadtverordnete Andreas Neher bei Luise Klaiber vor der Haustür. Sie waren das städtische Schätzungsamt und wollten Wohnhaus und Gemüsegarten unter die Lupe nehmen. Die Immobilien hatten in ihren Augen einen Wert von zusammen 12.800 Mark.

Vier Tage später lenkten beide Seiten ein. Magdalena Egler verpflichtete sich zur Zahlung von 12.800 Mark für die Grundstücke ihrer Tochter, *um einerseits diesen Prozess abzuschneiden andererseits aber insbesondere die Durchführung der bereits eingeleiteten Zwangsversteigerung [...] zu vermeiden*. So stand es in der siebenseitigen Vereinbarung vom 11. Mai, die im Namen der Stadtgemeinde Justizrat Senn unterzeichnete. Im Gegenzug erhielt Magdalena Egler die Zusage, dass die Grundstücke keine *Exekutionsobjekte* mehr



Magdalena Egler.
Foto: Hz. Landesmuseum

¹⁶⁵ StadtAH, A 200, Reg.-Nr. 1240, 5. Stadtpfleger Klaiber 1909/10.

¹⁶⁶ StadtAH, A 200, Reg.-Nr. 1240, 5. Stadtpfleger Klaiber 1909/10. StadtAH, Bände A 62, Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, 22.04.1909. StAS, Ho 247 T 1 Nr. 72, Erlaß von Defektenbeschlüssen bei der Stadtkasse. Franz Graf von Brühl stimmte sogar zweimal zu: am 30.04.1909 als Regierungspräsident und am 01.05.1909 als Vorsitzender des Bezirksausschusses. In der Sitzung am 22.04.1909 beschlossen die Stadtverordneten andererseits, auf den Prozess zur *zwangsweisen Einziehung der Steuerrückstände* von 114,64 Mark gegen den Tübinger Hotelier Theodor Ocker zu verzichten, *da nach Ansicht des Herrn Justizrat Senn für die Stadt kein Erfolg zu erwarten war*.

¹⁶⁷ StAS, Ho 235 T 7-8 Nr. 728, Defektensache des verstorbenen Stadtrechners Klaiber in Hechingen. StadtAH, Bände A 62, Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, 29.04.1909.